Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 34 (1978)
Heft: 1-2

Artikel: Was nützen uns Stadt- und Gemeinderätinnen?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844501

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zürcher Wahlen

In den nächsten Wochen werden die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an die Urnen gerufen, um ihre Behörden neu zu bestellen. Für die Stadt Zürich wurde der Wahlgang auf den 25. und 26. Februar festgelegt. Selbstverständlich liegt uns sehr daran, dass nicht nur die bisherigen wieder kandidierenden, sondern auch weitere Frauen gewählt werden. Wir haben uns entschlossen, diesmal die Kandidatinnen nicht mit Inseraten, sondern mit einer augenfälligeren Werbung — **mit einem Kleber** — zu unterstützen. **Die grosszügige Spende** eines Vorstandsmitgliedes in der Höhe von **1000 Franken** hat uns erlaubt, diesen Plan zu verwirklichen.
Leider wird der Kleber für den Versand dieser «Staatsbürgerin» noch nicht bereit sein. Da jedoch die nächste Ausgabe im Hinblick auf die frühzeitig angesetzte Generalversammlung — sie wird am 7. März zur Durchführung kommen — bereits Mitte Februar erscheinen wird, haben wir Gelegenheit, den Kleber noch rechtzeitig auf den Wahlgang zu verschicken. Schon heute bitten wir unsere Mitglieder und Abonnenten, diesen Blickfang wirken zu lassen.

Was nützen uns Stadt- und Gemeinderätinnen?

(mtl.) Ende Februar werden im Kanton Zürich verschiedene Gemeindebehörden neu zu bestellen sein. Wieder einmal setzen sich politisch engagierte Frauen dafür ein, dass mehr Frauen gewählt werden, damit die über 50 Prozent Frauen in der Bevölkerung nicht mehr wie bisher nur durch Spurenelemente in Exekutiven und Legislativen vertreten sind. Wieder einmal appelliert man an die Frauen, Frauen ihre Stimme zu geben. Damit verbunden besteht auch die Pflicht zu sagen, was denn diese Gewählten nachher für Frauen zu leisten imstande sind. Am Beispiel der Stadt Zürich sei hier kurz gezeigt, wie Gemeinde- und Stadträtinnen im Laufe der Amtsperiode die Interessen der Frauen wahrgenommen haben.

Vorwegzunehmen ist, dass selbstverständlich weibliche Politiker sich nicht darauf beschränken können, allein dort ins Geschehen einzugreifen, wo es um Fraueninteressen geht, denn auch dort, wo es um Allgemeines geht, werden die Frauen mitberührt. Dies trifft in besonderem Masse zu auf Irene Müller (SP), die nun seit bald zwei Jahren als Vizepräsidentin des Gemeinderates amtet und im nächsten Frühling voraussichtlich als Präsidentin gewählt wird sowie auf Gertrud Streuli (SP), welche für ihre Fraktion in der Geschäftsprüfungskommission sitzt. Wenn sie sich dort für ein besonderes Anliegen einsetzt, wirkt sich das lediglich im Gesamtrahmen der Geschäftsprüfungskommission und weniger in der Öffentlichkeit aus. Ebenfalls nicht an die Öffentlichkeit tritt die Tätigkeit von Gemeinderätinnen innerhalb ihrer Fraktion. Da gibt es im Laufe des Jahres so manches: «Da müend er dänn scho no luege», oder «Da törf me dänn nöd vergässe . . .», das den Fraktionskollegen die andere Betrachtungsweise der Frauen zeigt. Die elf Gemeinderätinnen haben aus diesen Gründen — hoffentlich — doch etwas mehr Einfluss, als ihren nur 8,8 Prozenten entsprechen würde. Über gewisse Probleme unterhalten sie sich auch über die Fraktionen hinweg, wie dies ja gewisse «Klubs» der Männer (Gewerbetreibende, Turner usw.) ebenfalls tun.

Mutig und sachkundig hat sich die verstorbene Fanny Messmer (SP) eingesetzt

für gleiche Besoldungen, Arbeitslosenversicherung, Alimentenbevorschussung, Erhaltung von Wohnraum (u. a. mit Volksinitiative). Ihr kam zugute, dass sie von ihrer journalistischen Tätigkeit her den Ratsbetrieb schon seit Jahren kannte.

Auch Doris Morf (SP), welche aus dem Gemeinderat zurückgetreten ist, weil sie durch ihre Tätigkeit als Nationalrätin stark beansprucht wird, hatte stets ein Gespür für Probleme, wie es Männer weniger besitzen. Sie setzte sich beispielsweise dafür ein, dass die Stadt einem Konfektionsbetrieb, der fast nur Frauen beschäftigte, hilft, damit nicht alle diese Frauen ihre Stelle verlieren.
Die beiden freisinnigen Gemeinderätinnen Dr. med. Vera Obeid und Dr. iur. Liselotte Meyer-Fröhlich setzten sich bisher sehr für gesundheitliche Probleme ein, auch für Alimentenbevorschussung (Liselotte Meyer-Fröhlich ist Präsidentin des Vereins Inselhof, der die Maternité Triemli trägt).

Die beiden Landesringlerinnen, Apothekerin Elisabeth Schärer und Ärztin Nelly Hohl, sind noch nicht lange im Rat. Nelly Hohl hat sich bereits für die Vornahme prophylaktischer Untersuchungen in den Seniorenzentren verwendet, eine Anfrage wegen zweckentfremdeten Wohnungen gemacht und sich darnach erkundigt, wer denn eigentlich wie in die städtische Spitalkommission gelange. Die Mitarbeit in derartigen Kommissionen wäre eine Betätigungsmöglichkeit für Frauen, die zugleich befriedigend ist und als Vorbereitung auf ein anderes Amt dienen kann.

Von den drei EVP-Gemeinderätinnen ist Margrit Stokar die amtsjüngste, doch hat sie bereits einige Vorstösse unternommen im Interesse des Fussgängerschutzes, für Aufklärung über Drogen und Alkohol in den Schulen, für einen zu sonnenheissen Spielplatz und für eine Schulhausrenovation. Erika Welti ist eines der aktivsten Mitglieder ihrer Fraktion. Fragen der Erziehung, auch der Kleinkindererziehung, liegen ihr sehr am Herzen, und sie gibt hiezu vielbeachtete, von grosser Sachkenntnis zeugende Voten ab. Margrit Schellenberg ist sozusagen Fachmännin des ganzen Gemeinderates, wenn es um Fragen der Spitalplanung und des Gesundheitsdienstes geht. Personalstopp beim Pflegepersonal, gesetzlicher Feiertag für Pflegepersonal, Heimkrankenpflege, das sind die jüngsten ihrer Vorstösse.
Eine der fleissigsten Gemeinderätinnen (wenn man die persönlichen Vorstösse als Massstab nimmt) ist Wally Widmer (NA). Alles was ihr die Kundschaft zuträgt, führt zu einer Anfrage im Gemeinderat, ob es sich nun um störende Plakatwände, fehlende Velowege, Fussgängerschutz, umweltfreundliche Heizung oder Biogas für den städtischen Gutsbetrieb handelt.
Ein ganz glänzendes Beispiel dafür, was politisch nur möglich wird, wenn an den Schalthebeln auch Frauen sitzen, ist noch ganz neu: Eine Anfrage aus dem Rat verlangte Aufschluss darüber, ob in der Stadtverwaltung die Grundsätze des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit und der gleichen Aufstiegschancen gelten. Wie es sich gehört, musste das städtische Personalamt die Beantwortung vorbereiten. Sie lautete «alles in allerbester Ordnung», was nicht erstaunt, denn der nun abtretende Personalchef Tell Bühler ist nicht als übertriebener Frauenfreund bekannt. Ein 100prozentig männlicher Stadtrat wäre damit wohl zufrieden gewesen. Nicht aber unsere beiden Stadträtinnen Emilie Lieberherr und Regula Pestalozzi. Politisch längst nicht auf der gleichen Linie, waren sie für einmal mit ihrem geharnischten Protest einig: Diese Antwort ist nicht exakt. Und das

konnten sie auch anhand von Beispielen durchwegs beweisen. Also musste die Antwort nochmals zurück zwecks Abänderung. Wir dürfen gespannt sein, wie die Antwort des Stadtrates schliesslich lautet, wenn sie dem Gemeinderat vorgelegt wird.

Wahlkampf zweier Frauen um Ständeratssitz

Noch bevor die Zürcher Stimmbürger Gemeinderat und Stadtrat wählen, werden sie am 21. und 22. Januar zur Urne gerufen, um den durch die Wahl Fritz Honeggers in den Bundesrat frei gewordenen Sitz in der Kleinen Kammer neu zu besetzen. Kaum hatte die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Zürich einstimmig Nationalrätin **Martha Ribi-Raschle** als Kandidatin nominiert, schaltete sich auch die Sozialdemokratische Partei durch die Nomination von **Dr. rer. pol. Emilie Lieberherr** in den Wahlgang ein. Bis zur Drucklegung der «Staatsbürgerin» hat keine weitere Partei ihre Beteiligung an der Wahl angemeldet, so dass sich voraussichtlich zum erstenmal zwei Frauen in einem Wahlkampf gegenüberstehen werden.

Dr. Emilie Lieberherr ist als erste Zürcher Stadträtin und als langjähriges Mitglied unseres Vereins in unseren Reihen wohl bekannt. Martha Ribi hat sich als Nationalrätin in der eidgenössischen Politik profiliert. Beide Frauen sind überaus fähige Kandidatinnen, haben politische Erfahrung und sind vollauf qualifiziert, den Kanton Zürich im Ständerat zu vertreten. Zu bedauern ist lediglich, dass eine von ihnen wird «über die Klinge springen müssen». Die Entscheidung für die eine oder andere Kandidatin wird den Wählerinnen und Wählern bestimmt nicht leicht fallen. Gerade weil beide Frauen so gut ausgewiesen sind, wird bei dieser Wahl vermutlich weniger die Persönlichkeit der Kandidatinnen als der politische Standort des Wählers ausschlaggebend sein. Auf jeden Fall bitten wir unsere Mitglieder, am 22. Januar den Gang zur Urne nicht zu verpassen. Es scheint uns nicht nur wichtig, dass nach zweijährigem Unterbruch wieder eine Frau in den Ständerat einzieht, sie sollte es auch von einer beachtlichen Mehrheit aller Stimmbürger unterstützt tun können.

Die Besteuerung der erwerbstätigen Ehefrau

Die Frage der Besteuerung der Ehepaare, vor allem im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit der Ehefrau, war Thema einer Mitglieder- und Delegiertenversammlung der Zürcher Frauenzentrale. Das Hauptreferat hielt **Stadträtin Dr. Regula Pestalozzi,** deren Tätigkeit in der Frauenbewegung seinerzeit mit Steuerproblemen begonnen hatte. Als Mitglied der juristischen Kommission der Zürcher Frauenzentrale befasste sie sich nicht nur mit einer grösseren Arbeit über die getrennte Veranlagung der Eheleute, sie wurde überdies von der Frauenzentrale in eine von der Zürcher Regierung eingesetzte «Arbeitsgruppe Familienbesteuerung» delegiert, welche den Auftrag hatte, als Grundlage für die Beantwortung einer Motion einen Bericht auszuarbeiten. Dieser Bericht bildete ebenfalls die Grundlage für die seit dem 1. Januar 1975 in Kraft gesetzte Revision des kantonalen Steuergesetzes.

Wer sich mit dem Problem der Ehegattenbesteuerung beschäftigt, erkennt bald, dass es nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern eng zusammenhängt mit Fragen des Familienrechts und der Sozialversicherung. Beide behandeln die Familie